

In eigener Sache:

Bis auf unsere Beilage kommen wir diesmal leicht ergraut in Ihr Haus. Das liegt nicht etwa daran, daß wir Sie nun schon seit fast drei Jahren mit Informationen und Meinungen versorgen und wir unter ersten Alterserscheinungen leiden, nein - wie Sie sicher der Presse entnommen haben, wollen die Bad Bramstedter Şozialdemokraten einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Die Jungsozialisten im Bramstedter Ortsverein stellten durch ihr Vorstandsmitglied Rolf Ahrens den Antrag, wir mögen doch umweltfreundliches Papier für unsere Drucksachen verwenden. Nichts einfacher als das haben wir gesagt. Wir bestellten bei der Druckerei das sogenannte Recycling-Papier, und nun haben Sie es vor sich liegen.

Dieses Papier ist zu 100 % aus Altpapier hergestellt und nicht mit umweltfeindlichen Bleichstoffen behandelt worden.

Auch Sie selbst können dieses Papier verwenden. In vielen Papierwarenhandlungen erhält man Briefpapier und -umschläge, die auf dem Wiederverwertungswege hergestellt wurden. Und was sicher nicht uninteressant ist - das Papier ist wesentlich billiger. Also: Schreiben Sie auf Grau - für die Umwelt.

Ihre Redaktion

Gürgerzeitung der SPD

März 1979

4. Jahrgang

Die Gesamtschule ist das bessere Angebot

Bad Bramstedt. Gesamtschule hieß das Thema einer Podiumsdiskussion der Jung-sozialisten, die vor kurzem in Bad Bramstedt stattfand. (Die Tagespresse berichtete darüber). Kontrovers wurde zwischen den Befürwortern und den Skeptikern der Gesamt-schulidee diskutiert. Für die Redaktion unserer Zeitung erbrachte die Debatte das Ergebnis: die Gesamtschule ist dem dreigliedrigen Schulsystem überlegen. Wir wollen Ihnen anhand einiger Beispiele verdeutlichen, wie wir zu dieser Auffassung kommen

Was bringt die Gesamtschule?

Man unterscheidet zwischen kooperativen und integrierten Gesamtschulen. Bei den ersteren bleibt das dreigliedrige Schulsystem (Haupt-, Realschule, Gymnasium) erhalten,

ist eine eher organisatorische Zusammensung. Bei den integrierten Gesamtschulen das sind die Vielumstrittenen - gibt es keine Unterscheidung mehr nach Schultypen. Der Unterricht wird anders organisiert:

1. Kernunterricht: alle Kinder werden ge-

meinsam in einer Klasse unterrichtet

2. differenzierter Unterricht: die Schüler werden in Leistungsgruppen eingeteilt, bei Leistungsveränderung wechseln sie

die Gruppe
3. Wahlpflichtunterricht: der Schüler wählt nach seinen Interessen aus einem verpflichtenden Angebot Freizeit- und Neigungsbereich: der Schü-

ler wählt frei nach seinem Interesse Tutorenstunden (Tutor entspricht dem Klassenlehrer): können frei vom Tutor und den Schülern genutzt werden, auch um aktuelle Probleme der Schüler zu behan-

Was bietet die Gesamtschule?

Jeder Versuch etwas Neues zu entwickeln, ist besonderer Kritik ausgesetzt. Das Alte hat den Vorteil, daß es schon über Jahrzehnte besteht, dadurch selbstverständlich und vertraut ist und kaum mehr in Frage gestellt

Was hat nun die Erfahrung in zehn Jahren Gesamtschulversuche gezeigt?

In der Gesamtschule erreichen mehr Schüler höhere Schulabschlüsse (vgl. Tabelle)

es gibt kein Sitzenbleiben soziales Lernen spielt eine Hauptrolle

zusätzliche Klassenlehrerstunden werden zur Diskussion und zu gemeinsamen Akti-

vitäten genutzt die Schulangst ist an Gesamtschulen nachweislich geringer

weniger Aggressivität unter den Schülern die besten 5 % der Gesamtschüler sind besser als die besten 5 % aus dem Regelschulwesen.

Und die Kritik!

Trotz dieser Erfolge der Gesamtschulen gibt es noch eine breite Schicht von Gegnern und Skeptikern. Die "Sozialistische Einheits-schule" ist ein beliebtes Schlagwort - ohne dabei zu berücksichtigen, daß sehr viele Länder diese Schulform bereits eingeführt haben die des Sozialismus ganzlich unverdachtig sind (z.B. USA). Doch gibt es natürlich auch nachdenkenswerte Kritik. So wird gesagt, daß die Schüler keinen festen Klassenverband mehr hätten und daß die Bindung an den Klassenlehrer fehlen würde. Diese Kritik

Fortsetzung auf Seite \$

Im Gespräch:

Unser Mann für den Kieler Landtag



Adolf Isokeit

45 Jahre, Kaufmann Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis Segeberg/West

Sportförderung

RudR: Ihre positive Einstellung zur Sport-förderung ist seit langem bekannt. Wie sehen Sie die Aufgabenstellung des Breiten- und Freizeitsports?

Adolf Isokeit: Die Sportvereine sind die wichtigsten Träger des sportlichen Freizeit-lebens. Sportförderung ist auch aus gesundheitlichen und sozialen Gründen eine verpflichtende öffentliche Aufgabe. Angesichts der noch ständig steigenden Zahl der Bürger, die Sport treiben wollen, muß unter Mithilfe des Landes der Sportstättenbau auch in Zu-kunft mit hoher Priorität fortgesetzt werden. Dabei darf der schulische Bedarf nicht alleiniger Maßstab sein. Verstärkt muß besonders auf kommunaler Ebene das familien-gerechte Sporttreiben in den Mittelpunkt des Sportangebots treten, damit allen Bevölkerungsgruppen eine bedarfsgerechte sportliche Betätigung ermöglicht werden kann. Übrigens, um Schäden an der ehrenamt-

lichen Struktur des Sports zu verhindern, müssen kurzfristig weitere wirkungsvolle Steuerentlastungen in Kraft gesetzt werden.

Fortsetzung Seite 2

Nach Angaben des Hamburger Amtes für Schulen erreichten:

| | Gesamtschule | Regelschulwesen | |
|--------------------------------------------|--------------|-----------------|--|
| keinen Abschluß | 3,3 % | 7,6 % | |
| Hauptschulabschluß | 30,1 % | 35,3 % | |
| Realschulabschluß | 30,4 % | 28,7 % | |
| Versetzung in die 11. Klasse des. Gymn. | 34,2 % | 25,8 % | |

Fortsetzung: Im Gespräch

Mit dieser an den Bundesfinanz- und die Länderfinanzminister gerichteten Forderung will die SPD die ehrenamtliche Tätigkeit von Übungsleitern, Trainern, Sportpädagogen und Jugendleitern honorieren und unter-

Flughafen

RudR: Wie beurteilen Sie den Bau des

Großflughafens bei Kaltenkirchen?

Adolf Isokeit: Seit Jahren zeichnet sich bei nüchterner Betrachtung der Bau dieses Flug-hafens als unrealistisch ab; die s.Z. Ersatz-bzw. Ergänzungsfunktion für Hamburg-Fuhlsbüttel stammt aus den Zeiten einer unbegrenzten Wachstumsideologie wäre unter den zu erwartenden Aussichten auch volkswirtschaftlich für unsere Region keine vertretbare Zukunftsinvestition.

Bessere Ausnutzung vorhandener Kapazitäten sowie energiewirtschaftliche Notwendigkeiten, wie sie weltweit jetzt auch allgemein erkennbar geworden sind, mußten eines Tages die damaligen Planungsvorstellungen als weit überzogen erweisen. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch

Leider anscheinend nicht bei dem CDU-Landtagsabgeordneten Herrn Böge, der als eifrigster Verfechter in diesem Wahlkreis auch heute noch von diesem Projekt träumt, diese Fehlplanung aber ultimativ nur auf

andere abwälzt.

Besonders die unmittelbar Betroffenen, aber auch alle anderen Bürger in dieser Region, haben jedoch endlich Anspruch auf eine eindeutige Entscheidung, ein unbegrenztes Abwarten ist nicht mehr zumutbar.

Auch Hamburg ist bereit, diesem Erfordernis Rechnung zu tragen, nachdem der vermutete Bedarf nicht mehr besteht.

RudR: Ist die Kündigung des NDR-Staatsvertrages durch die CDU-Landesregierung eine Gefahr für diese Dreiländer-Anstalt?

Adolf Isokeit: In letzter Konsequenz

scheint die CDU zugegebenermaßen das Ziel zu haben, den NDR zu zerschlagen.

Wenn man dazu die Schützenhilfe aus Niedersachsen berücksichtigt, ist die Androhung eine konzentrierte Aktion, um regierungsnahe Staatssender und einen kommer-ziellen Privatfunk zu ermöglichen. Die SPD will den NDR als Dreiländer-Anstalt und unabhängig von Regierungs- sowie einseitigen Gruppeninteressen erhalten. Die SPD wird einen neuen Staatsvertrag für den NDR als öffentlich-rechtliche Anstalt aushandeln, der die innere und äußere Rundfunkfreiheit der Journalisten sichert, die Mitarbeiter am Verwaltungsrat beteiligt und auf Werbung nach Möglichkeit verzichtet. Kommerziellen Hörfunk und kommerzielles Fernsehen lehnen wir ab.

Schulpolitik

RudR: Eine SPD-geführte Regierung wird nach dem 29. April 1979 ein Sofortprogramm für eine kinderfreundliche Schule auf den Weg bringen. So lautet die Aussage des SPD-Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen.

Adolf Isokeit: Die Schulpolitischen Anstrengungen müssen u.a. auf folgende Schwerpunkte ausgerichtet sein:

Beseitigung des Unterrichtsausfalls und Abbau des Leistungsdrucks Verringerung der Klassen auf höchstens 30,

durchschnittlich 25 Schüler

Förderung der musischen Unterrichtsfächer und des Sports
Einstellung aller in Schleswig-Holstein ausgebildeten Lehrer

Einführung einer schulformunabhängigen

Orientierungsstufe

- Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Lehrern, Eltern, Schülern.

Außerdem, mit ihren Angriffen gegen die Gesamtschule, versucht die CDU von der allgemeinen Schulmisere abzulenken! Die SPD hält die Gesamtschule wegen der Chancengleichheit für die überlegene Schulform.

Wo Eltern dies wünschen und es praktisch möglich ist, wird die SPD die Gesamtschule als Angebots- und Regelschule neben den bestehenden Schulen einrichten.

Wahl-Quiz

Tippen Sie mit — Gewinnen Sie mit!



Wie sieht es am 29. April aus? Wer be-kommit wieviel Prozente? Diese Fragen interessierten in diesen Wochen und Monaten nicht nur die Mitglieder der Parteien sondern fast alle Bürger. Und wie es sich so in den letzten Jahren eingebürgert hat, werden flei-Big Umfragen gemacht und die Meinung der Bürger erforscht.

"Rund um den Roland" will die Sache von der unterhaltsamen Seite aus angehen. Wir machen für Sie ein Quiz, bei dem Sie uns nur die folgenden beiden Fragen beantworten

müssen.

Wie heißt der SPD-Landtagskandidat im Wahlkreis Segeberg-West und aus welcher Gemeinde unseres Kreises kommt er?

2. Wieviel Prozent der abgegebenen Stimmen erhält am 29. April auf Landesebene a) die SPD - b) die CDU - c) die F.D.P.?

Schreiben Sie Ihre Antworten bitte auf eine Postkarte und schicken Sie sie an: "Rund um den Roland", z.Hd. J.U. Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.

Damit auch ein kleiner Anreiz bei diesem Quiz besteht, haben wir einige Preise ausge-

Der- oder diejenige, der (die) die erste Frage richtig beantwortet und bei der zweiten am nähesten an das tatsächliche Ergebnis des 29.4. herankommt, erhält ein hand-signiertes Buch "Alt-Bramstedt im Bild". Unter den restlichen Einsendern verlosen wir

5 Karten "Bramstedt Anno 1794".
Der Einsendeschluß ist der 19.4.1979 (Datum des Poststempels). Teilnahmeberechtigt sind alle Bürger, die im Verbreitungsgebiet des "Rund um den Roland" wohnen, ausgeschlossen sind die Mitarbeiter von "Rund um den Roland". Der Rechtsweg ist

Zur Lage in Hitzhusen

Hitzhusen. Das Jahr 1978 hat die Ge-meinde Hitzhusen einen deutlichen Schritt in ihrer Entwicklung vorangebracht.

So entstand in imponierend kurzer Zeit ein attraktives, heute rohbaufertiges Feuerwehrgerätehaus, das fast ausschließlich in Eigen-

leistung von der Feuerwehr erstellt wurde. Die zentrale Wasserversorgung wurde so weit vorangetrieben, daß die Grmeinde noch im Dezember den Auftrag zum Bau einer Ringleitung erteilen konntę. Diese ist erforderlich, um alle Haushalte eines Tages an die zentrale Wasserversorgung anschließen zu können. Ein neuer Wasserlieferungsver-trag mit der Stadt Bad Bramstedt liegt in der Konzeption vor. Auf lange Sicht wird von der Stadt Bad Bramstedt und den umliegenden Gemeinden ein Wasserzweckverband angestrebt.

Für das ehemalige Sportplatzgelände am Tutzberg wurde ein Bebauungsplan aufge-stellt. Alle zum Verkauf stehenden Grundstücke haben inzwischen neue Eigentümer

Beim Verkauf der ehemaligen "Dammklause" machte die Gemeinde von ihrem Vor-kaufsrecht Gebrauch, um mit Rücksicht auf das angrenzende Wohngebiet die Einrichtung einer Diskothek zu verhindern, die zweifellos zu einer erheblichen Lärmbeläs gung geführt hätte. Statt dessen wird sich hier ein umweltfreundlicher Gewerbebetrieb etablieren.

Die schwierigste und finanziell aufwendigste Aufgabe für die nahe Zukunft stellt jedoch die zentrale Abwasserbeseitigung dar. Die Planung befindet sich bereits im fort-geschrittenen Stadium. Parallel laufen Ver-handlungen mit dem Amt für Land- und Wasserwirtschaft und der Stadt Bad Bramstedt. Das Projekt der zentralen Abwasserbeseitigung brennt der Gemeinde Hitzhusen nämlich unter den Nägeln. Mit Sorge hat die Gemeindevertretung zur Kenntnis genom-men, daß bereits viele Bürger in Hitzhusen erhebliche Schwierigkeiten mit ihren privaten Kläranlagen haben. Die Kapazität dieser Anlagen ist häufig aufgrund des wachsenden Wasserverbrauches zu klein geworden. Außerdem verseifen und verstopfen die Verrieselungsrohre mit der Zeit durch die stark phosphathaltigen Waschmittel. Es ist daher zu befürchten, daß die schlecht geklärten Abwässer von derart betroffenen Hauseigentümern in die Oberflächenentwässerung eingeleitet werden. Dies würde wiederum zu einer nicht vertretbaren Verschmutzun der Bramau führen. Packen wir es also ar

Kommentar Das geht dem Bürger an's Geld



"Das dicke Ende kommt nach" mit diesen Worten charakterisierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Binzus treffend die finanzielle Situation der Stadt Bad Bramstedt.

Doch wer zahlt die Zeche für die hohe Verschuldung der Stadt? Der Bürger - ist die zumindest teilweise richtige Antwort!

Ein großer Teil der städtischen Schulden dient zur Erschließung von neuen Bauge-bieten und die Kosten dafür werden über Grundstücksverkäufe mittel- und langfristig wieder in den Stadtsäckel kommen.

Einige Millionen - z.B. für die Geruchsbekämpfung am Klärwerk und für Kanali-sationsarbeiten - bleiben jedoch auf allen Bürgern sitzen. Und daß diese Gelder letztendlich aus dem Portemonnaie der Bramstedter bezahlt werden wird, ist schon jetzt beschlossene Sache.

Nur - bei CDU und F.D.P. fehlt noch der rechte Mut, diese Tatsache dem Wähler zu sagen. Die Landtagswahl wirft ihre Schatten voraus und so bescheiden sich diese beiden Parteien damit, dem Bürger nur das mitzu-

teilen, was ihnen Stimmen bringen könnte. Die Realität ist indes die: Vielleicht noch in diesem Jahr werden die Gebühren für Wasser und Abwasser angehoben werden. Allein

beim Abwasser belaufen sich die überschläbeim Abwasser belaufen sich die überschla-gigen Kalkulationen auf eine (evtl. stufen-weise) Erhöhung von 30 - 40 Pfennig je cbm. Das ist ein Mehr von 40 - 50 % gegenüber der jetzigen Situation. Auch der Wasserpreis wird gesteigert werden müssen. Und last not least ist die Diskussion um eine Anpassung der Steuerhebesätze noch nicht begraben.

Zugestanden - die Bramstedter Sozialdemokraten wissen, daß man um diese Erhöhungen kaum herum kommt. Doch im Gegensatz zu den anderen Parteien sagen sie dem Bürger, was auf ihn zukommt. Die SPD meint, daß jeder ein Recht darauf hat, über die Zukunft dieser Stadt informiert zu

Ausweichen, Dementieren und Schönfärben mag zwar zum Standardrepertoire eini-ger Politiker gehören, dem Bürger - und damit Wählerinteresse dient es nicht. Meinen Sie nicht auch?

The puller deadoudget

P.S.: Kommen Sie doch 'mal wieder zu einer Stadtverordnetenversammlung. Die Sozialdemokraten nennen auch dort das Kind beim Namen.

Buchtip

von Uwe Kersting

Blättern Sie mal wieder im Grundgesetz! In dem, was Sie Schrank haben und in dem von 1949. Ja, das gibt es wieder. Der Original-nachdruck des Bundesgesetzblattes vom 23. Mai 1949, in dem vor 30 Jahren das Inkrafttreten des Grundgesetzes verkündet worden ist, ist wieder zu haben; und-zwar beim VORWÄRTS-Laden. Erstaunlich, welch gewaltige Veränderungen dies Gesetz bis heute erfahren mußte (Stichwort: Notstand). Noch erstaunlicher, welcher Spielraum diéses Gesetzes noch nicht ausgeschöpft ist, in wie vielen Bereichen die Verwirklichung noch auf sich warten läßt! Werfen Sie einen Blick hinein. Best.Nr. 001-06; VORWÄRTS-Laden, Postfach 20 09 10, 5300 Bonn 2 oder bei der SPD-Bad Bramstedt! DM 4.80

Nun noch ein unpolitischer Buchtip! Aber in einem politischen Rahmen. Es handelt sich hier um einen Krimi mit gesellschaftspolitischem Anspruch: Hans Hellmut Kirst; Verfolgt vom Schicksal.

Während des Münchner Oktoberfestes ist Kriminalkommissar Krebs von der "Sitte" mit ungewöhnlichen Methoden einem Serientäter auf der Spur. Der scheinbare Einzelfall zieht weite Kreise in die Münchner Geschäfts welt, in die Politik hinein. Den Rahmen der Geschichte gibt eine Auseinandersetzung und Ranküne zweier politischer- Gruppierungen um die Medienpolitik ab. Einzelthemen und Streiflichter mischt der

Autor zu einem fesselnden Roman, der mehr als ein Krimi, als eine engagierte Zeitkritik unbedingt lesenswert ist.

Erstaunlich, daß dieser Roman schon 1971 erschienen ist und nicht in Norddeutschland

Hans Hellmut Kirst; "Verfolgt vom Schick-sal, rororo 1931, DM 5.80

WAS SOLL DENN DAS? EIN FORMULAR DAS JEDER AUF ANHIEB VERSTEHT -DAS IST UNSER UNTERGANG!!!

Alptraum eines Bürokraten

Einer ist meistens da

Bad Bramstedt. Mit viel Aufwand versuchen die örtliche F.D.P. und CDU, ihr Bürgertelefon als "Renner" zu verkaufen. Der Sinn dieser Aktion ist sicherlich kein

schlechter, doch der propagandistische Aufwand, der um jede Aktion betrieben wird, läßt die Ansicht zu, daß das sogenannte Bürgertelefon eher Werbezwecken dient, denn den berechtigten Interessen der Bür-

Die SPD hat bisher von einer solchen Maß-nahme abgesehen. Der Grund ist ein sehr simpler: Alle SPD-Stadtverordneten sind per Telefon zu erreichen. Wenn ein Bürger dieser Stadt Sorgen, Probleme oder Anregungen hat, so kann er jederzeit anrufen - dazu braucht man keine gesonderten Sprechzeiten

Damit Sie nicht extra im Telefonbuch blättern müssen, hier kurz die Telefonnummern der SPD-Stadtverordneten: Gerhard Binzus 1070, Ingrid Lehnert 722, Helmut Brügmann 2746, Hans Wettering 2581, Uwe Kersting 1563, Jan-Uwe Schadendorf 4166. Wenn Sie den einen nicht erreichen, dann ist meistens ein anderer zu Hause

Das Zitat

"Bei einer Million Arbeitslosen wird die Arbeitszeit auf 35 Stunden verkürzt, bei zwei Millionen Arbeitslosen auf 30 Stunden. Und wenn wir alle arbeitslos sind, dann arbeitet keiner mehr."

Johannes Groß, Journalist

Retourkutsche?

Bad Bramstedt. Im Donnerstags-Anzeiger vom 25.1. meinte der CDU-Ortsvorsitzende: Die Berichterstattung über das (F.D.P. d.Red.) Bürgertelefon sei so offensichtlich eine Zusammenstellung alter Themen, daß

der Wahrheitsgehalt nicht groß sein könne."
Wenn man die jüngsten Berichte über das CDU-Bürgertelefon liest, dann kann man nur vermuten, daß Herr Bornhöft zu dieser Äußerung kam, weil er sehr gut über den Wahr-heitsgehalt und das Zustandekommen der Pressemitteilungen seiner Partei informiert

Fortsetzung:

iesamtschule

war in den Anfängen berechtigt, aber man hat dazugelernt. Die Tutorengruppe ersetzt den Klassenverband und über die Tutorenstunden haben die Schüler heute an den Gesamtschulen meist mehr Gelegenheit, ihren Klassenlehrer zu sprechen, als im dreigliedrigen System. Die vielgehörte Unterstellung, gute Schüler würden an den Gesamt-schulen schlecht weg kommen, dürfte schon durch die oben angeführten Zahlen widerlegt

Gesamtschulen müssen große Schulen sein, werfen die Skeptiker oft ein. Die Erfahrung hat gezeigt, daß auch Schulgrößen von ca. 750 für eine Gesamtschule genügen. Diese Größe wird von vielen Gymnasien schon heute übertroffen

Wegen dieser Größe, meinen die Kritiker, seien lange Schulwege unabwendbar. Dieses Argument kann natürlich nur solange zutreffen, wie es nur wenige Gesamtschulen gibt (in Schleswig-Holstein nur in Neumünster und Kiel).

Ebenso verhält es sich mit der These, daß die Gesamtschulen zu viel Geld erhalten. Ohne ersichtlichen Grund wird in dem dreigliedrigen Schulsystem für Hauptschulen wesentlich weniger Geld ausgegeben als für Gymnasien. An den Gesamtschulen kommen die Mittel allen Schülern zugute.

Die Theoretiker unter den Skeptikern betonen, daß die Gesamtschulen sich noch im Versuchsstadium befänden. Einmal abgesehen davon, daß die sogenannte Studienstufe an unseren Gymnasien ohne jede Versuchsphase eingeführt wurde, dürften 10 Jahre Erfahrung in Deutschland und eine weitaus längere in vielen anderen Staaten wohl eine eindeutige Sprache sprechen. Ein sehr beliebtes und oft mißbrauchtes Vorgehen ist, zu behaupten, die Eltern wollten die Gesamtschule nicht. Nebenstehendes Umfrageergebnis sagt da ganz etwas Ande-res. Tatsache ist auch, daß der Andrang an den bestehenden Gesamtschulen größer ist als deren Kapazität.

Damit aber diese neue Schulform nicht wie die Studienstufe von oben verordnet auf Schüler, Eltern und Lehrer herunterkommt, haben die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein erklärt, daß sie bei einer Regierungsübernahme nach der Landtagswahl nur im Einvernehmen mit den Eltern Gesamtschulen einrichten wollen.

Die CDU fährt jedoch weiter auf Anti-Gesamtschulkurs. Zum Schaden der Schüler und ihrer Zukunftschancen, wie die bisherigen Ergebnisse der Gesamtschulen gezeigt haben.

eingerichtet wurde und die Eltern die Möglichkeit hatten, diese Schulform direkt selbst kennenzulernen, wurde eine Umfrage gemacht.

In Wetzlar (Hessen), wo die Gesamtschule als Die Eltern, Schüler und Lehrer der Klassen 9-13 einzige Schulart für einen ganzen Landkreis wurden gefragt: »Wie soll ihrer Meinung nach überhaupt die Schule der Zukunft aussehen?« (Listenvorlage; nur eine Nennung möglich;

| Die Schule der Zukunft | ELTERN | Schüler | Lehrer |
|------------------------------------------------------------------------------------|--------|---------|--------|
| | | 10 | |
| Das traditionelle dreigliedrige Schulsystem: Hauptschule, Realschule, Gymnasium | 19% | 12% | 6% |
| Die kooperative (additive) Gesamtschule | 28% | 19% | 26% |
| Die integrierte Gesamtschule | 50% | 54% | 66% |
| Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht | 1% | 6% | 2% |
| Keine Angaben | 2% | 9% | 0% |

Lieber Leser ...

Der Kopf unserer Zeitung verrät es. Wir haben unser Verbreitungsgebiet ausgeweitet. Als neue Leser begrüßen wir die Bürger von Borstel, Hagen, Hardebek und Hasenkrug. Angefangen mit dieser Ausgabe, werden Sie in Zukunft mit jedem erscheinendem "... Roland" beliefert. Die Mitglieder der neu entstehenden Ortsvereine der SPD werden dafür sorgen, daß die Zeitung pünktlich den Leser erreicht. Die Entscheidung, das Verbreitungsgebiet auszuweiten, ist uns um so leichter gefallen, da die SPD bei den letzten Kommunalwahlen in den westlichen Gemeinden des Amtes Bad Bramstedt Land recht gut abgeschnitten hat.

In Zukunft soll über den Gang politischer Willensbildung und die Hintergründe der Entscheidungen auch aus Ihren Gemeinden berichtet werden, denn auch Sie haben ein Recht auf Information.

Die Mandatsträger aus der SPD und die "Korrespondenten" des "Rund um den Roland" werden diese Informationen beibringen. Diese Nummer erhält noch keinen Bericht aus Ihren Dörfern, wir hoffen trotzdem, daß Sie sie mit Interesse lesen werden. Schreiben Sie uns, auch wenn Sie etwas nicht so gut finden. Wir freuen uns auf Ihren Rrief

Ein weiser Spruch ...?

Die verkleideten Politiker in Karlsruhe haben ihr Urteil gefällt: Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 ist verfassungskonform. Die Gewerkschaften und auch die Regierungsparteien könnten zufrieden sein die Arbeitgebergseite hat eine Niederlage erlitten. War es wirklich eine Niederlage? Wußten nicht alle Beteiligten schon vorher, daß der Kern des Urteils nur so aussehen könnte?

In Wahrheit war wohl das Ziel der klagenden Unternehmer, eine Weiterentwicklung des Mitbestimmungsgesetzes abzublocken, auch auf die sichere Gefahr hin, in der Hauptsache zu unterliegen. Die Kläger haben ihr Ziel vorerst erreicht: In der ihm eigenen Art hat auch diesmal der 1 Senat des Bundesverfassungsgerichts nicht umhin gekonnt, in der Urteilsbegründung einige "Bonbons" zu verstecken. Explizit wird ausgeführt, daß sich der Urteilsspruch nur auf das direkt angesprochene Gesetz beziehe und beileibe nicht bedeute, daß alle Mitbestimmungsregelungen in der Bundesrepublik Deutschland verfassungskonform seien. Keine Frage, welche Regelung gemeint ist: die Montan-Mitbestimmung natürlich – die volle Parität.

Letztendlich nur die knappe Mehrheit der Anteilseigner in den Aufsichtsgremien der Unternehmen sichert nach der Meinung der hohen Richter die Verfassungsgemäßheit der Mitbestimmung. Das bedeutet AUS für die paritätische Mitbestimmung – jedenfalls vorerst. Wahrlich ein Pyrrhussieg der Gewerk-

schaften.



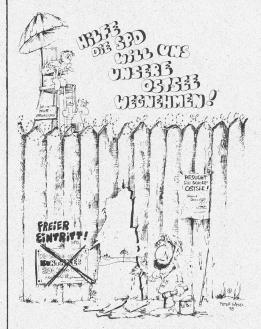
an Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.

Impressum: Herausgeber: SPD-Gebietsverband Bad Bramstedt und Umgebung vertr. durch Uwe Kersting, Bad Bramstedt; verantw. Redakteur: Jan-Uwe Schadendorf, Bad Bramstedt; Auflage: 4.500; Druck: Roland-Werbung. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Zum Thema: Kurtaxe

Als die Stadt Eckernförde im Frühjahr 1978 mit ihrer SPD-Mehrheit im Stadtparlament die Abschaffung der unsozialen und familienfeindlichen Kurtaxe beschloß, folgte sie einem seit vielen Jahren von der SPD in Schleswig-Holstein mit großem Engagement vorgetragenem Verlangen und ließ damit gleichzeitig die CDU-Oberen in Kiel und die ihr nahestehenden Kurdirektoren und Bürgermeister an Ost- und Nordsee erschauern, die fette Pfründe in Gefahr sahen und für ihre Gemeinden den Pleitegeier an die Wand malten.

Trotz heftigen Widerstandes in den eigenen Reihen hatte die Gemeinde Timmendorferstrand mit einem Zuschuß der CDULandesregierung in Höhe von DM 226.000,00 (in Worten Zweihundertsechsundzwanzigtausend!!!) einen mehrere Kilometer langen Maschendrahtzaun errichtet, um den kurtaxpflichtigen Strand "sicher" gegen solche Badegäste zu machen, die sich dieser modernen Form der Strandräuberei entziehen wollten. Als der SPD-Landtagsabgeordnete Marschner sich über diese Verschwendung von Steuergeldern, nämlich den Bausolcher Zäune, beklagte, beschuldigte die Regierung in Kiel ihn der "haltlosen Unterstellung": Der Zuschuß sei "ausdrücklich für die Verbesserung der Strandpromenade durch Anpflanzungen und für die Aufstellung von Pflanzkästen zweckgebunden"! - Um den schlechten Eindruck des Maschendrahtgitters zu kaschieren, hat man ein paar Sträucher zur Tarnung angepflanzt, aber gewiß nicht für DM 226.000,00! Und woher sollte die Regierung den Zuschuß auch nehmen, wenn nicht aus Steuermitteln?!



Sicher naben einige Gemeinden, vor allem an der Ostsee, finanzielle Sorgen, insbesondere solche, in denen in Zeiten der Hochkonjunktur von cleveren Abschreibungsexperten Betonburgen wie in Sierksdorf, Heiligenhafen, Damp u.a. errichtet worden sind, ohne sich um die Folgelasten zu kümmern. Sicher aber ist auch, daß keine Gemeinde "pleite gehen" wird, wenn keine Kurtaxe mehr erhoben wird. Vernünftige gesetzliche Regelungen wären denkbar und auch durchführbar, Regelungen, die nach dem Verursacherprinzip diejenigen mehr belasten, die die Vorteile der kostenintensiven Einrichtungen nutzen. Aber gesetzliche Regelungen, die die Gemeinden zwingen, auf die Kurtaxe zu verzichten und datur Zuschüsse des Landes zu beantragen, schmecken den Kurdirektoren sicher nicht, weil sie sich dann der Kritik der Regierung an ihren ehrgeizigen Plänen ausgesetzt sehen.

Auf einer Küstenstrecke von nur 11 Kilometern zwischen Timmendorferstrand und Pelzerhagen gibt es beispielsweise fünf kostenintensive Schwimmbäder, drei mit Meerwasser, zwei mit Süßwasser. Hinzu kommen die hoteleigenen Schwimmbäder, von denen es allein in Timmendorferstrand nach Angaben des Bürgermeisters und Kurdirektors Langreen 15 bis 20 gibt. Ob die Urlauber auch hineinspringen, danach fragt niemand.

Allein das Meerwasser-Wellenbad der Großgemeinde Scharbeutz (bestehend aus 11 Ortschaften mit fast 11.000 Einwohnern auf etwa 52.000 qkm Fläche) verschlingt für Löhne und Gehälter jährlich über 1,3 Millionen DM zuzüglich fast 350.000 für sonstige Unterhaltskosten, während es nur wenig mehr als DM 500.000,00 Einnahmen erbringt!!

Solche Kostenlasten sind an Ost- und Nordsee keine Seltenheit! In der Hochkonjunktur kümmerte man sich kaum um Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Da galt nur, was "in" war, und ein einfaches Schwimmbad war eben nicht "in", es mußte schon eines mit Meerwasser oder gar mit Wellenmaschine sein!

Es konnte deshalb auch nicht verwundern, wenn ein vom Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein bei der "Wirtschaftsberatung AG", Düsseldorf (Wibera) bestelltes Gutachten offenbarte, was den Urlaub Ost- und Nordsee so teuer macht: Von begutachteten Bädern sind es zumal die fünt Ostseeorte (neben fünf Nordsee- und vier Binnenbädern), die für den untersuchten Zeitraum von 1965 bis 1974 das Bild aufgeblasener Investitionsbetriebe bilden.

Weniger Lohn- und Kostensteigerung als die ungenügenden Kapazitätsauslastungen machen die Misere aus: Bei den Gesamtanlagen betrug die Auslastung im Jahresmittel nur 16,4 % und im Spitzenmonat 29,9 %. Ohne die aufwendigen Fitneß-Anlagen ist der durchschnittliche Auslastungsgrad nicht höher als 27,6 % gewesen und im Spitzenmonat auch nur gut 45 %. Selbst in der Hauptsaison werden die aufwendigen Einrichtungen nicht einmal zu 50 % ausgenutzt! Welch ein Wunder, wenn die Gemeinden schröpfen, wen sie zu fassen kriegen, um ihre Überkapazitäten und Folgelasten, die sich nachträglich nicht mehr abbauen lassen, zu finanzieren!

"Damp 2000", angeblich- Deutschlands größtes Ferienzentrum, ist dabei auch durch eine bemerkenswerte Finanzierungsmethode bekannt geworden. Noch vor wenig metals drei Jahren drohte das Mammut-Proje wie die Betten- und Betonburgen in Holm, Schilksee und Weißenhäuser Strand wegen zu hoher Fremdfinanzierung, mangelnder Ausnutzung und Fehleinschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in die sleite zu segeln und seine fast 2.500 Geldgeber zu deftigen Nachschüssen zu zwingen.

Doch da kam einer und wußte Rat: "Selbstkostenblatt" schien das Zauberwort zu sein, wie man unlängst der Veröffentlichung eines großen Nachrichtenmagazins entnehmen konnte, das wissen ließ, es habe Informationen darüber, wie es zu dem allseitig bewunderten "Gesundungsprozeß" in Damp 2000 gekommen sei: Statt der tatsächlichen Selbstkosten von DM 95,33 pro Pflegetag habe man solche von pflegetäglich DM 141,50 ausgewiesen und damit die AOK Rendsburg mit sage und schreibe 17 Millionen mehr als berechtigt belastet. – Über diese Vorwürfe ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, aber merkwürdig ist schon heute, daß ganz offensichtlich dem CDU-geführten Sozialministerium in Kiel diese hohen Pflegesätze nicht aufgefallen sind.

Sollte das Ministerium des Herrn Clausen mit dem Kurtaxenproblem, für das es ja auch zuständig ist, jetzt vor der Landtagswahl so stark beschäftigt sein? Bleibt nur zu hoffen, daß der 29. April 1979 frischen Wind auch in das Kieler Sozialministerium bläst und damit den Staub auch von den Akten "Kurtaxe" und "Damp 2000 - AOK Rendsburg".

Klaus Matthiesen, Spitzenkandidat der SPD, schrieb für "Rund um den Roland"

Die SPD im Wahlkampf: Engagiert und ideenreich

Die schleswig-holsteinische SPD geht selbstbewußt und optimistisch in den bevorstehenden Wahlkampf. Und sie hat sich gut vorbereitet für die entscheidende Auseinandersetzung. Monatelang wurde mit Bürgern, Gewerkschaften und interessierten Verbänden über unser Wahlprogramm diskutiert. Viele sinnvolle Anregungen wurden dabei aufgenommen in unser Konzept von "Umdenken und Verändern". Mitte Februar habe ich die Regierungsmannschaft der SPD präsentiert, die für wichtige Positionen dieses Programms einsteht. Jetzt wird es darum gehen, bei den Bürgern für uns und unsere politischen Ideen zu werben.

Das Ziel unseres Wahlkampfes ist das Mandat der schleswig-holsteinischen Wähler für unsere solide und vernünftige Reformpolitik und für eine wirksame Unterstützung der Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung im Bundesrat. Für beides ist eine sozial-liberale Regierung in Kiel die Voraussetzung. Deshalb müssen wir die CDUndesregierung nach nunmehr Jahren ablösen.

Für die schleswig-holsteinische SPD geht es bei der Wahlentscheidung neben der Bewertung des Landespolitik vergangener Jahre vor allem um das bessere Konzept für die Zukunft des Landes. Deshalb werben wir

 für zukunftssichere Arbeitsplätze durch die Modernisierung der Wirtschaft und Unterstützung kleinerer und mittlerer Betriebe,

 für eine verantwortungsbewußte Energiepolitik,

 für kinderfreundliche Schulen
 und für ein liberales Meinungsklima in Schleswig-Holstein.

Für uns geht es aber neben der landespolitischen Entscheidung vor allem auch um eine politische ichenstellung zur Unterstützung Bundeskanzlers und seiner Politik in Bonn. Deshalb werben wir

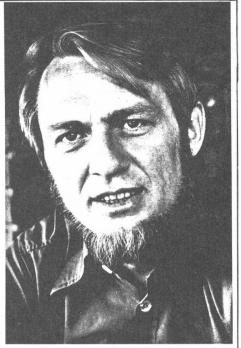
für die sozialliberale Reformpolitik im Innern und die Entspannungsund Friedenspolitik nach außen. Wer in Schleswig-Holstein 1976 die sozial-liberale Koalition in Bonn gewollt hat, kann es nun durch eine sozial-liberale Koalition in Kiel der Bundesregierung leichter machen. Deshalb tritt die SPD mit der Aufforderung vor den Wähler:

Wählen Sie am 29. April unsere Reformpolitik. Dann hat es auch Helmut Schmidt leichter.

Es ist schon jetzt vorherzusehen, daß der bevorstehende Wahlkampf der schleswig-holsteinischen SPD einer der engagiertesten und ideenreichsten Wahlkämpfe seit langem sein wird. Das zeigt sich auf Landesebene an der Vielzahl von Initiativen der Parteigliederungen, von den Versammlungen bis zu den Parteizeitungen, von denen wir in Schleswig-Holstein noch immer mehr haben als die übrigen Bezirke unserer Partei. Das zeigt sich auch an den vielfältigen Bürger- und Wählerinitiativen, die für unsere Partei werben wollen. Das wird deutlich an dem großen Interesse, das die Bundespartei in diesen Wochen zeigt: Über 300 Veranstaltungen mit Genossinnen und Genossen von au-Berhalb des Landes sind vorgesehen. Und sicher nicht zuletzt wird



Klaus Matthiesen und Hans Ulrich Klose auf dem Kölner Parteitag



Klaus Matthiesen privat

das deutlich an der Entschlossenheit und der Tatkraft, mit der unsere Partei das große Projekt der "Zeitung am Sonntag" für die Schlußphase des Wahlkampfes in Angriff genommen hat.

Die Ausgangslage für den Regierungswechsel in Kiel nach fast drei Jahrzehnten CDU-Herrschaft sind diesmal besser denn je. Bitte, helft mit, damit wir es dies 'mal schaffen.

Dieser Mann ist doppelt wichtig:

Er ist Ihr Landtagskandidat der SPD und Sie brauchen die Angaben über ihn für unser Quiz.



Adolf Isokeit

45 Jahre, Kaufmann, Gemeindevertreter in Henstedt-Ulzburg, Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis Segeberg/West



Das Führungsteam der Sozialdemokraten für die Landtagswahl v.l.: Rudolf Wassermann, Helmut Rohde, Kurt Hamer, Heide Simonis, Björn Engholm, Dr. Cornelie Sonntag, Klaus Matthiesen.

Mit dieser Mannschaft will die SPD am 29. April die Landtagswahl gewinnen

Am 29. April wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Das Ergebnis dieser Wahl entscheidet darüber, ob in unserem Bundesland die CDU nach 29jähriger Herrschaft abgelöst wird oder weitere vier Jahre an der Macht bleibt. Diese Wahl entscheidet aber auch mit darüber, ob Bundeskanzler Helmut Schmidt in Bonn mit weniger Widerstand im Bundesrat die Politik verfolgen kann, die unseren Staat zu einem der stabilsten und sichersten Gemeinwesen der Welt gemacht hat. "blickpunkt" stellt hier die Mannschaft vor, die am 29. April in Schleswig-Holstein für einen Machtwechsel sorgen und dem Bundeskanzler den Rücken stärken soll.



Klaus Matthiesen, 38, verheiratet, zwei Kinder ist Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Matthiesen kommt aus der Sozialarbeit und ist Oppositionsführer im Kieler Landtag. Sein Programm Eine moderne Wirtschaftsstruktur für und ein liberales Klima ohne Duckmäusertum.

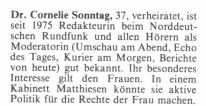


Heide Simonis, 36, verheiratet, studiert nach dem Abitur Volkswirtschaft und Soziologie. Die einstige Ratsherrin der Stadt Kiel ist seit 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages und verbrachte mehrere Studienjahre im Ausland (Zambia und Japan). Ihr Spezialgebiet: Die Bund-Länder-Politik.



Kurt Hamer, 53, verheiratet, drei Kinder, ist Konrektor einer Realschule, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kieler Landtag und Vizepräsident dieses Parlaments. Der in Neumünster geborene Pädagoge und Politiker gibt als einer der besten Experten für Finanz- und Kommunalpolitik in unserem Bundesland

Björn Engholm, 39, verheiratet, zwei Kinder, ist gelernter Schriftsetzer, studierte Sozialwissenschaften und Volkswirtschaft und ist heute Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Der in Lübeck gebürtige Bundestagsabgeordnete kommt für das Amt des Kulturministers in Frage.



Helmut Rohde, 53, verheiratet, ein Kind, Sohn einer Arbeiterfamilie aus Hannover, ließ sich nach der Kriegsgefangenschaft bei der Deutschen Presseagentur zum Redakteur ausbilden. 1957 kam er in den Bundestag, von 1974 bis 1978 war er Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Er ist Chef der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

